WALDER STIFTUNG Wohnen im Alter

Herbsttagung 2018

Altern in Würde

gemeinsam oder allein?

2. November 2018 im Technopark Zürich

WALDER STIFTUNG
Forchstrasse 145
8032 Zürich
www.walder-stiftung.ch

Impressum

Texte
Walder Stiftung, www.walder-stiftung.ch

Konzept / Gestaltung / Redaktion
NetriX – Conny Zander, www.netrix.ch

Fotografie
Raphael Hünerfauth

Sämtliche Begriffe in dieser Broschüre
sind sprachneutral und gelten
sowohl für die weibliche
wie auch die männliche Form.

Inhaltsverzeichnis

Altern in Würde - gemeinsam oder allein?

Herbsttagung 2018 - 2. November 2018 im Technopark Zürich

EDITORIAL ..... **4 - 5**

Franziska Frey-Wettstein, Präsidentin Walder Stiftung

WARUM FÄLLT WANDEL SO SCHWER? ..... **6 - 7**

Dr. David Bosshard, GDI – Gottlieb Duttweiler Institut

PROJEKTBESCHREIBUNGEN ..... **8 - 27**

01 Andreas Biedermann – «Sorgende Gemeinschaften» 8 - 11

02 Maja Nagel Dettling – «Gute Betreuung im Alter» 12 - 13

03 Hannes Koch – «Positionspapier IG Schnittstellen» 14 - 16

04 Elvira Tschan – «Integrative Aktivierende Alltagsgestaltung» 18 - 21

05 Jakub Samochowiec – «Die neuen Freiwilligen» 22 - 25

06 Ralph Bürge – «Wohn- und Pflegemodell 2030» 26 - 27

BILANZ AUS DEN PRÄSENTATIONEN – Moderation: Urs Leuthard **28 - 29**

Prof. Dr. Monika Götzö, Prof. Dr. Romy Mahrer, Dr. Fridolin Marty

GESPRÄCHE IM PLENUM – Moderation: Urs Leuthard ..... **30 - 31**

Beat Ringger, Jérôme Cossandey, Thomas Heiniger,

Esther Waeber-Kalbermatten, Jörg Kündig, Simon Stocker

ABSTIMMUNGSERGEBNISSE – fünf Forderungen ..... **32 - 35**

Altern in Würde – gemeinsam oder allein?

Ziele der Tagung

Alle haben erkannt, dass Handlungsbedarf besteht, um die sich immer weiter ausweitende Lücke zwischen bezahlten Angeboten im Gesundheitssystem und den kaum berücksichtigten Leistungen im Sozialsystem zu schliessen. Das Bewusstsein für diese Problematik ist bei der Zivilgesellschaft und auch bei den Politikern geschärft.

Ausgangslage:

Die Zivilgesellschaft, die Bürgergemeinschaft, die Caring Community ist in einer direkten Demokratie verantwortlich für das Wohl der Mitmenschen, sie trägt Sorge, sie kümmert sich um deren Wohlergehen.
Der Hauptbeauftragte, welcher für die nötigen Angebote sorgen muss, ist der Staat. Doch dieser kommt an seine Leistungsgrenzen.

Wir wissen darum und fragen uns deshalb, wie es weiter gehen soll. In einem manchmal so stressigen Alltag ist der technische Fortschritt hoch willkommen. Denn er verspricht Entlastung dank Robotern und künstlicher Intelligenz!

Und trotzdem fehlt etwas. Ein wichtiges Wort wird wohl heute immer wieder im Zentrum stehen, das Wort Betreuung. Wer ist gefragt, wo sind die Freiwilligen, wenn dem Staat die Gelder ausgehen und die Frauen zunehmend berufstätig werden? Wer hat da noch Zeit?

> **«Wer kümmert sich, wenn die Kümmerer fehlen!»**
> **– Daniel Dettling**

Immer wieder wird an Workshops, Tagungen und Zusammenkünften von Fachleuten aufgezeigt, dass eine zunehmend grösser werdende Versorgungslücke entsteht zwischen gesundheitsrelevanten Leistungen wie der Spitex etc. auf der einen Seite und unterstützenden, betreuenden Angeboten besonders für älter werdende und alte Menschen auf der anderen Seite.

Im Pflegebereich werden Fachkräfte der Gesundheit ausgebildet, die in pflegerischen Berufen tätig sind. Hier besteht eine klare Zuordnung ihrer Tätigkeit. Im Betreuungsbereich werden Fachkräfte für die Betreuung, Sozialpädagogen und Sozialarbeitende ausgebildet. Ihre Einsatzorte sind vielfältig und nicht klar definiert, was für die Zusammenarbeit aller pflegenden und sozialen Akteure eine grosse Herausforderung bedeutet. Sie wird nicht zuletzt auch aus finanziellen Gründen entscheidend sein.

Dazu kommt, dass der Bedarf an Betreuung besonders im Altersbereich mit der demographischen Entwicklung weiter am Steigen ist. Deshalb ist das Wort «Betreuung» zentral. Es hat mit Menschlichkeit zu tun, es ist das, was uns Menschen auszeichnet, was letztlich unser Leben lebenswert macht.

Und natürlich ist eine Sorgekultur nicht nur im Altersbereich nötig. Auch Jugend, Schule, Behinderte, Gesundheit und Soziales müssen wieder mehr ins Zentrum gerückt werden.

Weiteres Vorgehen

- Am Ende der Tagung entsteht ein Forderungspapier, das von einer Mehrheit der Anwesenden getragen wird.
- Die Anwesenden sind motiviert, fühlen sich verantwortlich, die Anliegen weiterzutragen und machen sich Gedanken, bei wem Handlungsbedarf besteht.
- Die Berufsausbildungen in der «Betreuung» sind aufgerufen gemeinsam Lehrpläne zu erstellen, die sich ergänzen.
- Grundlagen müssen geschaffen, die Bevölkerung sensibilisiert und ein kollektiver Lernprozess gestartet werden (ethische Fragen, Schuldgefühle, Ängste und Unsicherheiten abbauen).
- Formelle und informelle Bereiche treffen sich vermehrt – Achtung vor mehr Bürokratie!
- Neue Finanzierungsmodelle sollen mögliche Doppelspurigkeiten erkennen und eine gerechtere Finanzierung aller Beteiligten ermöglichen.
- Die Walder Stiftung plant einen Workshop zur Standortbestimmung in einem Jahr.

Franziska Frey-Wettstein

Präsidentin Walder Stiftung

«Wandel verlangt Ambitionen, Mut und Empathie»

Dr. David Bosshard, Trendforscher und CEO des Gottlieb Duttweiler Instituts GDI, eröffnete die Tagung «Altern in Würde – gemeinsam oder allein?» mit einem scharfen Blick auf zentrale Fragen des gesellschaftlichen Wandels. Hier die Zusammenfassung seiner Thesen.

Was ist los mit dem Wandel?

Wir wissen immer mehr: über uns selbst, unsere Krankheiten, über unsere Gesellschaft. Noch nie waren wir so transparent. Doch alles Wissen zeigt uns auch unsere Schwächen, unsere Grenzen. Jeder technische oder medizinische Fortschritt ist gleichzeitig eine Enttäuschung, denn mit jedem gelösten Problem tauchen zehn neue Fragen auf.
Trotzdem gibt es keine Alternative zu mehr Wissen. Eine Verweigerung würde zu Fanatismus und Fake News führen. Mehr Wissen ist aber nicht per se eine Verbesserung, denn für einen Wandel braucht es neben Wissen auch die emotionale Ebene, die das Wissen akzeptiert.
Wandel braucht Zeit. Auch weil es um Macht geht. Macht ist sexy. Niemand gibt in einer Hierarchie gerne Macht ab. Man hat jahrelang für etwas gekämpft, etwas erreicht – und jetzt soll man es aufgeben?

Die Hoffnung, die Dinge würden so bleiben wie immer, macht uns schwerfällig. Auch unser politisches System erschwert den Wandel, denn die Demokratie sucht ständig nach Kompromissen und verweigert sich direkten, unpopulären, ja vielleicht sogar autoritären Lösungen. Das ist gut, aber es hemmt den Wandel.
Die zunehmende Komplexität der Dinge und die Fragmentierung der Interessen lösen bei uns Stress aus. Dieser Stress fördert gewisse Trends: zum Beispiel die Hinwendung zu gemeinschaftlicher statt zu individualistischer Identifikation («Gruppeneffekt») oder zu emotionalen statt rationalen Entscheidungen. Temporäre, bedarfsorientierte Lösungen erhalten den Vorzug vor langfristiger Planung; ambulante Lösungen kommen vor stationären, nicht nur in der Medizin.
Wir müssen jedoch akzeptieren, dass ein komplexeres Umfeld die Vertrauensbildung verzögert. Schauen wir zum Beispiel auf kleine Kantone, wo man sich gut kennt und die Wege kurz sind: Plötzlich soll auf nationaler oder gar globaler Ebene entschieden werden. Wandel braucht aber Vertrauen – wofür Geduld nötig ist: Es entsteht nicht von heute auf morgen.

Was verhindert den Wandel?

Die grosse Gefahr liegt darin, keine Lösungen zu finden und einfach weiter zu machen wie bisher. Das ebnet den Weg in den Populismus und zu extremen Positionen. Wenn die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Wandel fehlen, gelingt er nicht. Wenn Fortschrittskonservatismus, Moralismus und Gleichgültigkeit dominieren und der Druck zu Veränderungen fehlt, weil man zum Beispiel immer genug Geld verteilen kann, passieren keine strukturellen Veränderungen.

Die Wohlstandsfalle, in der alles langsam, gut und teuer zu sein hat, verunmöglicht Wandel. Lobbyismus, Polarisierung und Perfektionismus lähmen Wandel ebenso wie die Unfähigkeit, die Komplexität der Dinge zu vereinfachen.

Was braucht der Wandel?

In erster Linie braucht Wandel unsere Bereitschaft zu neuen Lösungen. Das verlangt Mut in vielerlei Hinsicht: Mut, die Realität zu sehen, nach Verbesserungen zu suchen, Visionen zu entwickeln und sie umzusetzen. Den Mut, nicht perfekt zu sein. Mut zum Risiko, etwas könnte auch schief gehen. Und Mut zur Bereitschaft, sogar Einbussen hinzunehmen, um etwas anderes zu verbessern. Ausserdem braucht es einen durchsetzungsfähigen Staat, der moderiert und die Dinge in die Hand nimmt.

Wie geht Wandel?

**Wandel funktioniert durch Menschen mit Ambitionen.
Menschen, die auf andere hören und mit ihnen Lösungen suchen.**

Philosoph,
Trendforscher und
Geschäftsführer des GDI
Gottlieb Duttweiler Instituts

Wandel kommt selten von innen – dort ist man mit sich selbst beschäftigt. Wandel entsteht durch Mutige von aussen, denen man vorwirft, keine Ahnung zu haben. Wandel kommt von denen, die es besser können, nicht besser wissen. Denn Können bedeutet, Knowhow zu nutzen. Erkennen wir die Expertise anderer an, sind wir offen für hybride, gebrauchsfertige Lösungen!

Wandel geht, wenn wir unsere Daten und Leistungen teilen und uns vernetzen. Wir müssen die Welt nicht neu erfinden. Neue Formen des Zusammenlebens werden kommen, von denen wir noch keine Ahnung haben. Empathie, also Einfühlungsvermögen, ist heute in aller Munde. Wir brauchen sie nicht nur für andere Menschen. Wir brauchen auch Empathie für den Wandel.

Dr. David Bosshard

Andreas Biedermann

Wissenszentrum, Zentrum Schönberg, Bern

«Sorgende Gemeinschaften»

im Kanton Bern

Ausgangspunkt des Projekts «Best Practice Sorgende Gemeinschaften» ist der demografische und soziale Wandel. Die Alterung der Gesellschaft ist mit einer Zunahme chronischer Erkrankungen und einem wachsenden Pflege- und Betreuungsbedarf verbunden.
Durch Individualisierung und Zerfall traditioneller Formen von Gemeinschaften nehmen die Bereitschaft und die Möglichkeiten zur Familien- und Angehörigen-Pflege und -Betreuung ab, die Tragfähigkeit der sozialen Netze und Hilfssysteme wird schwächer. Diese Änderungsprozesse stellen neue Anforderungen sowohl an den Einzelnen als auch an die Gesellschaft. Wie im Bericht zur Alterspolitik im Kanton Bern (2016, S.13) beschrieben, braucht es aufgrund der zu erwartenden Entwicklungen eine neue Kultur des Sich-Sorgens.

In der gewohnten Umgebung bleiben

Das Konzept «Sorgende Gemeinschaften» stellt ein neues, innovatives Sorge- und Versorgungsmodell dar, welches auf Solidarität und gegenseitige (formelle und informelle) Verpflichtungen, Vertrauen und Verantwortung aufbaut. Es hat das Ziel, älteren Menschen – Menschen mit Einschränkungen – kurz Personen mit Unterstützungsbedarf zu ermöglichen, in ihrer gewohnten Umgebung zu verbleiben und damit ihren Alltag länger in Würde selbstbestimmt und selbstständig gestalten zu können. Die Idee einer durch Vergemeinschaftung der Sorgeaufgaben entstehenden «Sorgekultur» geht über die private familiäre und professionelle Betreuung hinaus, hin zu «solidarisierten» Gemeinschaften im lokalen Raum.

Umfassender Ansatz

Bislang gab es in der Schweiz Projekte zu einzelnen Themenbereichen (z.B. Einsamkeit, Behinderung, soziale Benachteiligung) mit ausgewählten Methoden (pädagogische Projekte, Kampagnen, Projekte der Gemeinwesenarbeit etc.), einzelne Zielgruppen betreffend (ältere Menschen, Jugendliche, Fachleute, Bevölkerung etc.), welche einzelne Elemente «Sorgender Gemeinschaften» (z.B. Nachbarschaftshilfe) aufnahmen.
Das Projekt «Sorgende Gemeinschaften» ist umfassender: Der Fokus insgesamt wird auf regionale und lokale Gemeinschaften gerichtet, die in selbstbestimmten Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen eine ihnen entsprechende Sorgekultur gestalten und nachhaltig sichern.

Das Pilotprojekt im Kanton Bern

«Sorgende Gemeinschaften» ist ein Pilotprojekt. An dem Projekt beteiligen sich drei Pilotregionen /-gemeinden im Kanton Bern. Es ist die Region Oberaargau Ost (Stadt Langenthal und elf umliegende Gemeinden sowie die Gemeinden Langnau und Jegenstorf).

Lokale Prozesse initiieren

Das Projekt verfolgt das Ziel, den Aufbau von Sorge- und Versorgungsnetzwerken im Sinne «Sorgender Gemeinschaften» zu initiieren, zu planen, umzusetzen und zu evaluieren.
Mittels Methoden der Sozialraummoderation und bevölkerungsbezogenen Public Health -Ansätzen werden lokal Prozesse mit verbindender Kraft initiiert, welche partnerschaftliche Zusammenarbeit (Partizipation)

an Planungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen in den Gemeinden ermöglichen.
Dabei geht es darum, Menschen zusammen zu bringen, Netzwerkstrukturen zu stärken sowie Begegnungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote so zu gestalten, dass Erfahrungen von Gemeinschaft und «sich sicher und geborgen fühlen» ermöglicht werden. Besondere Förderung soll die Zusammenarbeit des informellen Sektors (Freiwilligenarbeit, Quartierinitiativen etc.) mit professionellen Dienstleistungsanbietern erfahren. Neben den Sozial- und Gesundheitssystemen werden gezielt auch weitere Sektoren der Gesellschaft einbezogen: z.B. die Wirtschaft, der Bildungssektor und sobald als möglich auch die Bereiche Sport und Kultur.

Vorhandenes vernetzen

Das Konzept «Sorgende Gemeinschaften» bündelt bereits Vorhandenes und bietet ein Dach, unter dem verschiedene lokale Initiativen miteinander in Verbindung gebracht werden können. Das Konzept «Sorgende Gemeinschaften» systematisiert und strukturiert, unterstützt und vernetzt, steigert die Effizienz dieser Initiativen und gibt eine orientierende Entwicklungsrichtung vor. Die verpflichtende Verankerung (beispielsweise via Integration in die Legislaturziele des Kantons und der Gemeinden) sichert die Nachhaltigkeit.
Im Vortrag werden die Projekt-Architektur, d.h. die wesentlichen Bau- und Meilensteine, sowie die organisatorischen Strukturen erläutert.

Herausforderungen und Chancen

Die Komplexität des Projekts besteht darin, dass die Entwicklung «Sorgender Gemeinschaften» einen eigentlichen Kulturwandel bedingt. Die Entwicklungen hin zu «Sorgende Gemeinschaften» sind damit langjährig angelegt und müssen auf verschiedenen Ebenen erfolgen.

1. Politische Ebene

Die verantwortlichen Gemeindepolitiker müssen sich bereit erklären, Entwicklungen in Richtung «Sorgender Gemeinschaften» aktiv zu unterstützen und zu begleiten. Ihnen kommt auch die Verantwortung zu, lokale Strukturen zu schaffen, um die Nachhaltigkeit der Entwicklungen sicher zu stellen. Durch die politische Verankerung «Sorgender Gemeinschaften» haben die Behörden die Möglichkeit, die verschiedenen Unterstützungsdienste in einer integrierten und Generationen übergreifenden Form wirksam zu steuern und bedarfsgerecht zu entwickeln.

2. Ebene der lokalen Dienstleister

Die lokalen Dienstleister müssen die Bereitschaft zeigen, sich am Aufbau eines Netzwerkes zu beteiligen. Durch den Aufbau von Versorgungs- und Sorgenetzwerken als bedarfsgerechtes Handlungssystem können sowohl die Dienstleister wie auch die Nutzer des Netzwerkes profitieren. Durch den Aufbau von Netzwerken kann das Zusammenspiel der Kräfte gestärkt, der Austausch gefördert und Synergien genutzt werden. Die Entwicklung von konkurrierenden Angeboten kann damit vermieden werden.

3. Ebene der Netzwerk-Mitglieder

Zur Entwicklung lokaler Netzwerke müssen Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, in welchen verschiedene unterstützende Akteure (Professionelle, Semi-Professionelle und informell Sorgende) die Gelegenheit haben, ihre Zusammenarbeit mittels gemeinsamer Projekte zu organisieren. Der Austausch und die Kontakte innerhalb der Netzwerke ermöglichen zudem fortlaufende Anpassungen an die Erfordernisse sowie die gegenseitige Unterstützung.

4. Ebene der Bevölkerung / Zivilgesellschaft

Auf der Ebene der Bevölkerung muss es gelingen, die notwendigen Wertehaltungen (Gemeinschaftlichkeit im lokalen Raum, Bereitschaft zu Solidarität und zu geteilter Verantwortung) zu vermitteln. Themen wie Beteiligung und Gerechtigkeit (Frauen und Männer, Junge und Alte) sollten angesprochen werden. Durch die Schaffung von Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten kann Gemeinschaftlichkeit gelebt und erlebt werden. Menschen in der Nachbarschaft, im Quartier oder in der Gemeinde erhalten die Gelegenheit, Solidarität zu leben und mit existentiellen Themen in Berührung zu kommen. Durch gezielte Sensibilisierungs- und Befähigungsprojekte kann das Selbsthilfe-Potential verschiedener Personen- und Bevölkerungsgruppen gestärkt werden.

Andreas Biedermann
Gründer und Co-Inhaber von
Public Health Services
biedermann@public-health-services.ch

Fazit:

Die Würdigung des bereits Vorhandenen und die Schaffung von Reflexionsräumen für kollektive Lernprozesse müssen Hand in Hand gehen.

Maja Nagel Dettling

Stiftungsrätin Paul Schiller Stiftung

«Gute Betreuung im Alter»

in der Schweiz

Erkenntnisse der Studie «Betreuung im Alter – Perspektiven für die Schweiz»

Zwei Entwicklungen führen zu einer Zuspitzung der Situation rund um die Betreuung im Alter:

- Menschen werden immer älter und die Phase des «fragilen» Alters – ohne oder mit wenig Pflege-, aber Betreuungsbedarf – wird länger.
- Familien und insbesondere Frauen werden die heute noch ehrenamtlich geleistete Betreuung alter Menschen immer weniger leisten (können).

Hinzu kommt eine fehlende fachliche und gesetzgeberische Definition des Begriffs «Betreuung» und ein Sozialstaat, der im Zuge von Sparbemühungen reduziert wird. Diese zentralen Resultate der Studie werden im Workshop präsentiert.

Handlungsbedarf

Um sicherzustellen, dass Menschen in der Schweiz in Würde alt werden können, besteht Handlungsbedarf.

Betreuung sollte künftig als ein Teil des Service Public verstanden werden.

Die Studie formuliert dazu sieben alterspolitische Herausforderungen:

- Betreuung als Anrecht gesetzlich verankern
- Betreuung als integratives Versorgungsmodell organisieren
- Betreuung für alle bezahlbar machen
- Betreuung als Teilhabe an der Gesellschaft gestalten
- Betreuung zwischen infomellem Engagement und professioneller Arbeit positionieren
- Betreuung als Beziehungsarbeit verstehen
- Betreuung als Präventionsleistung fördern – ambulant und stationär

Gleichzeitig ist gesellschaftlich und politisch das Thema «Betreuung» noch wenig präsent. Die Paul-Schiller-Stiftung engagiert sich deshalb mit anderen Stiftungen dafür, die Betreuung ins Gespräch zu bringen und ein Bewusstsein für den Handlungsbedarf zu schaffen.

Maja Nagel Dettling
Stiftungsrätin Paul-Schiller-Stiftung
maja.nagel@paul-schiller-stiftung.ch

Projekte der Stiftungen

Verschiedene Stiftungen, denen das Thema «Betreuung» ein Anliegen ist, haben sich zur Fokusgruppe «Betreuung im Alter» zusammengeschlossen.

Der Workshop präsentiert eine Übersicht über diese Projekte.

Projekte	Verantwortliche Stiftung
Alt werden ohne Angehörige (Desk Research)	Migros-Genossenschafts-Bund, Direktion Kultur und Soziales, Cornelia Hürzeler
Caring Communities – Sorgende Gemeinschaften www.teilete.net	Migros-Genossenschafts-Bund, Direktion Kultur und Soziales, Robert Sempach
Tagung: «Altern in Würde – gemeinsam oder allein?»	Walder Stiftung, Andreas Raymann
«Dialognetz gute Betreuung im Alter – Aufbau»	Paul-Schiller-Stiftung, Maja Nagel Dettling
Programm Socius	Age-Stiftung, Antonia Jann
Einkommenssituationen im Alter in der Schweiz	SwissFoundations (Herausgeberin) Age-Stiftung, Antonia Jann (Projektleitung) und 7 weitere Stiftungen, u.a. Walder Stiftung
«Modelle guter Betreuung und Hilfe im Alter für die Schweiz»	SwissFoundations (Herausgeberin), Federführende Stiftung: Paul-Schiller-Stiftung, Maja Nagel Dettling und 4 weitere Stiftungen, u.a. Walder Stiftung
«Eine helfende Hand»	Prof. Otto Beisheim-Stiftung Mariana Noteboom, Projektleiterin
KISS – Nachbarschaftshilfe mit Zeitgutschriften	Prof. Otto Beisheim-Stiftung Mariana Noteboom, Projektleiterin

Diskussion

Das Thema «Betreuung» ist wenig präsent in der öffentlichen Debatte.In der persönlichen Erfahrung sind die Lücken und Herausforderungen aber oft schon heute ein brennendes Thema.

- Welche Erfahrungen haben die Workshopteilnehmenden?
- Wo drückt der Schuh?
- Wie können Stiftungen diese Anliegen aufnehmen?

Hannes Koch

Geschäftsleiter Spitex Kriens

«Positionspapier IG Schnittstellen»

Kanton Luzern

IG Schnittstellen bei Gesundheits- und sozialen Angeboten in der Betreuung und Pflege alter Menschen:

Alzheimer Schweiz, Bonacasa, Bildungszentrum Gesundheit und Soziales Chur, Läbesgarte, Orgavisit, Organisation der Arbeitswelt Soziales Zürich, Paul Schiller Stiftung, Spitex Kriens, Stadt Schaffhausen, Walder Stiftung

Vernetzter Denkansatz in der Alterspolitik

Die demografische Entwicklung zeigt deutlich: In der Schweiz gibt es immer mehr betagte Menschen. Diese wären in der ersten Phase vor allem auf eine geeignete Alltagsassistenz angewiesen und erst später auf Betreuung und Pflege. Die heutige Alterspolitik wird diesen Bedürfnissen jedoch nicht gerecht. Zurzeit ist das Angebot oftmals falsch ausgerichtet oder es bestehen sogar Fehlanreize. Diese führen dazu, dass höhere Kosten für das Gemeinwesen entstehen, das Angebot nicht den Bedürfnissen der alten Menschen entspricht und sich Unmut unter den Pflegenden und Betreuenden breitmacht. Die Politik ist darum gefordert, im Gesundheits- und Sozialwesen Gegensteuer zu geben. Die «IG Schnittstellen» hat hierzu das Positionspapier verfasst.

1. Problematische Unterteilung bei ambulanten und stationären Angeboten

Ambulante und stationäre Leistungen werden gegenwärtig unterschiedlich finanziert. Je nachdem müssen Krankenkassen, öffentliche Hand und Bewohner von Pflegeheimen mehr oder weniger bezahlen. Dies führt zu massiven Fehlanreizen. Für die öffentliche Hand und die Krankenkassen ist etwa ein Heimaufenthalt bei niedriger Pflegestufe günstiger – solange ihn die Betroffenen selbst bezahlen können.

Diese unterschiedlichen Interessenlagen führen zu Konflikten und öfters zu Lösungen, welche die betagten Menschen so nicht wollen und aufs Gesamte gesehen teurer sind.

Eine negative Rolle spielen in diesem Zusammenhang auch die Ergänzungsleistungen, welche zwar teure Heimaufenthalte übernehmen, jedoch bei Mietzinsen enge Grenzen setzen. Ebenfalls nicht bezahlt werden in den meisten Kantonen Leistungen des Betreuten Wohnens (Wohnen mit Dienstleistungen), die kostengünstiger sein können als Heimaufenthalte.
Schliesslich fehlt es auch an architektonischen und (städte-) baulichen Planungen, welche garantieren, dass betagte Menschen so lange wie möglich autonom in ihrem bisherigen Wohnumfeld leben können.

Forderungen

Die Finanzierung von ambulanten und stationäre Pflege- und Betreuungsleistungen ist aufeinander abzustimmen. Fehlanreize gilt es zu beseitigen. Die Ergänzungsleistungen sind so anzupassen, dass Heimeintritte aus überwiegend finanziellen Gründen vermieden werden. Integrierte Versorgungsangebote (stationär und ambulant) sind zu fördern und Leistungen für das ganze Quartier anzubieten, damit ein längerer Verbleib im eigenen Haushalt möglich ist.

Ambulante und stationäre Pflege- und Betreuungsleistungen beginnen in der Ortsplanung: Gemeinden sind gefordert, betrieblich und planerisch zukunftsorientierte Lösungen strategisch zu entwickeln und umzusetzen. Im Rahmen der ortsplanerischen Rahmenbedingungen gilt es alle Neubauwohnungen - wie auch Renovationswohnungen - hindernisfrei zu gestalten.

Die Sozialverantwortlichen erfassen die Menschen in ihrer Siedlung, im Quartier, in der Gemeinde, in der Region mit ihren spezifischen Interessen und vernetzen sie so untereinander, dass sie selbst Netzwerke bilden können.

2. Problematsche Unterteilung in Pflege und Betreuung

Im Gegensatz zu KVG-pflichtigen Pflegekosten, welche mehrheitlich von der öffentlichen Hand und den Krankenkassen übernommen werden müssen, gehen die nicht KVG-pflichtigen Betreuungs- und Pensionsleistungen zu Lasten der Bewohnenden und der Gemeinden. In der Praxis kommt es aufgrund dieses Finanzierungsmodells immer wieder vor, dass Pflegekosten (in Verletzung von Art. 25a Abs. 5 KVG) nicht als solche deklariert werden müssen, sondern als Betreuungs- und Hotellerieleistungen den Bewohnenden verrechnet werden. Das heutige System der Pflegefinanzierung provoziert somit Fehlanreize. Der Preisüberwacher ortet dringenden Handlungsbedarf.

Forderungen

Die strikte Unterteilung in Pflege und Betreuung, wie sie heute vorgegeben ist, ist zu überdenken. Die Finanzierungsmechanismen sind zu hinterfragen, und die heute geltende Pflegefinanzierung soll die Betreuung stärker gewichten. Allenfalls ist sie durch eine Gesetzesänderung zu ersetzen.

Betreuungsziele und -leistungen sind sichtbar und messbar zu machen. Es braucht mehr Transparenz und die Wertschätzung der Betreuungsarbeit.

Die Mechanismen der Pflegefinanzierung sind durch Betreuungsfinanzierung zu ergänzen.

Auf der Grundlage von Freiwilligenarbeit sollen soziale Netzwerke geschaffen werden, die viel mehr als heute schon Betreuungsleistungen erbringen.

Es sind Rahmenbedingungen zu schaffen, welche Freiwilligenarbeit und die Arbeit pflegender Angehöriger fördernd unterstützen.

3. Problematische Teilung zwischen Gesundheitswesen und Sozialwesen

Beim Bund und in vielen Kantonen gibt es zwischen Gesundheitswesen und Sozialwesen zu wenig Zusammenarbeit:

Während die Gesundheitsdepartemente die Anforderungen an Gesundheitsberufe, Spitex-Organisationen und Pflegeheime formulieren, sind die Sozialdepartemente für die Sozialberufe, Kinder-, Jugend- und Behindertenheime zuständig.
Historisch sind so zwei Welten gewachsen, welche sich gegenseitig kaum berühren und wenig aufeinander abgestimmt sind. Es herrscht ein Silodenken vor.

Das Krankenversicherungsgesetz und die zugehörigen Verordnungen geben vor, wer mit welchem Ausbildungsabschluss welche Pflegeleistungen erbringen darf. Die aktuelle Rechtslage führt zu einer Dominanz der Pflegeberufe und vernachlässigt, dass Betreuungskompetenzen genügend einfliessen können. In vielen Situationen (etwa bei Demenzerkrankungen) wäre die Betreuungskompetenz, welche die Pflegeausbildung nicht à priori garantiert, wichtig und der Einsatz von Fachleuten aus dem Sozialwesen und der Gerontologie vorteilhaft.

Forderungen

Das im Sozialwesen vorhandene Wissen muss in die Institutionen und Berufe, welche zum Gesundheitswesen gehören, einfliessen und umgekehrt. Zwischen den Sozial- und Pflegeberufen ist eine bessere Durchlässigkeit zur fördern und diese gesetzlich abzubilden.

Unterschiedliche Konzepte von Arbeitsteilung und Zusammenspiel von Pflege- und Sozialberufen sind weiter auszubauen.

Hannes Koch
Geschäftsleiter Spitex Kriens
hannes.koch@spitex-kriens.ch

Stellenausschreibungen und -vorgaben für Pflegeheime berücksichtigen, dass für die Lebensqualität der Bewohnerinnen ein Miteinander von agogischen, therapeutischen, pflegerischen und sozialen Berufen notwendig ist.

Elvira Tschan

AGERE Aktivierung & Alltagsgestaltung

«Integrative Aktivierende Alltagsgestaltung»

im Kanton Aargau

Was ist Integrative Aktivierende Alltagsgestaltung (IAA)?

Die bestmögliche Lebensqualität für all jene Menschen zu schaffen, die in Institutionen leben und dort begleitet, betreut und gepflegt werden: Das ist das Ziel der Integrativen Aktivierenden Alltagsgestaltung (IAA). Das Konzept sieht Aktivierungsangebote nicht als das Besondere, sondern als gemeinsam gelebten Alltag.

Ausgangssituation – ganzheitliche Sicht

Die Einsichten des Konzepts der Integrativen Aktivierenden Alltagsgestaltung (IAA) entstanden aus intensiver Reflektion langjähriger praktischer Arbeit von Elvira Tschan als Aktivierungsfachfrau und Fachreferentin für aktivierende Alltagsgestaltung «Aus der Praxis – für die Praxis» in verschiedensten Institutionen.

Forschungsergebnisse bestätigen ihre Folgerung, dass

1. Psychosoziale Betreuung – ein Bedarf ist.

2. Integrative Aktivierende Alltagsgestaltung – eine Notwendigkeit ist.

IAA versteht sich als ganzheitlich orientiertes Angebot, das im nahen Lebensumfeld eingebettet ist und damit zum therapeutischen Faktor wird.

Anregendes Lebensumfeld schaffen

Zunehmend mehr hochbetagte Menschen, die in einer demenziellen Entwicklung stehen, sind in Alters- und Pflegezentren anzutreffen.
Für sie werden spezialisierte Abteilungen eingerichtet. Doch auch das Leben in spezialisierten Abteilungen ist ein Leben in einer Zwangsgemeinschaft. Die Unterschiede der aufeinandertreffenden Menschen, welche Spannungsfelder erzeugen, sind nach wie vor gegeben. Immer wird es darum gehen müssen, ein möglichst positives und anregendes Lebensumfeld zu schaffen.

Psychosoziale Betreuung – ein Bedarf

Die Einsicht, dass eine gute Pflege die Sicht auf den ganzen Menschen hält, besteht seit Jahrzehnten. Doch der Arbeitsschwerpunkt und die Ausrichtung der Pflege liegen zum grössten Teil noch immer bei medizinisch-pflegerischer Versorgung. Bei den Aktivitätsangeboten zeigt sich Ähnliches.
Das überwiegend handwerklich-gestalterische Angebot «offen für alle» ist nicht zeitgemäss. In der täglichen Praxis werden damit die emotionalen und sozialen Bedürfnisse wenig berücksichtigt. Die veränderte Bewohnerzusammensetzung aber verlangt verstärkt nach solcher psychosozialer Begleitung. Der Mensch ist mehr als Körper, der warm an Kleidung, satt an Essen und hygienisch sauber versorgt sein möchte.

Der Mensch möchte teilhaben am Geschehen im Alltag, auch wenn er hochbetagt ist und gesundheitlich beeinträchtigt. Menschen in einer fortgeschrittenen Demenz wollen im Besonderen emotional «abgeholt» werden. Werden sie in den alltäglichen Arbeiten empathisch miteinbezogen und zum Mitentscheiden, Mitdenken und Mithandeln angeregt, wird es ihnen möglich, neben Hilfe anzunehmen auch aktiv zu werden.

Strukturen verändern

Die Erfahrung, sich respektiert zu fühlen, trägt wesentlich zum Wohlbefinden bei. Dies wiederum prägt, über das Persönliche hinaus, das nahe Lebensumfeld. Im alltäglichen Geschehen solche Erfahrungen zu ermöglichen und für ein menschlich angenehmes Milieu zu sorgen, ist Absicht der Integrativen Aktivierenden Alltagsgestaltung. Eine Selbstverständlichkeit?
Leider nein. Die traditionell vorhandenen Strukturen (Stellenprozente, Arbeitsabläufe), das versorgende Betreuungsverständnis (Ausbildung) und die traditionell ausgerichteten Aktivierungsangebote in separaten (Therapie-) Räumlichkeiten sind nicht darauf ausgerichtet.

Ein aktives Leben führen

Wird Hochbetagten aus einem falschen Verständnis heraus alles abgenommen – ich nenne dies «Service complet» – , verlieren sie nicht nur ihre Denk- und Handlungsfähigkeit, sondern auch ihren Selbstwert. Das tägliche Verteilen des Nachmittagskaffees, wie es oft Usus ist, ist ein solches Beispiel: Jeder und jedem wird der Kaffee mit den entsprechenden Ingredienzen an seinem gewohnten Platz serviert. Aktivierend gestaltet sieht dies anders aus. Sich über den Tag hinweg immer wieder aktiv einbringen zu können – sei dies nun denkend, handelnd oder mit dem Herzen – sehe ich als wichtigen Bestandteil des psychosozialen Wohlgefühls.
Denn damit kann der Selbstwert gestützt oder aufgebaut werden. Sich im Miteinander als fähig, respektiert und wertgeschätzt zu erfahren ist ein weiterer Baustein dazu.

Integratives Denken und Arbeiten

Das Konzept der Integrativen Aktivierenden Alltagsgestaltung (IAA) fordert die Zusammenarbeit der Fachbereiche und Verständnis füreinander. Das Richtziel davon ist, dass aktivierende Einzel- und Gruppenangebote im Lebensalltag und nahen Lebensumfeld der Hochbetagten (= zentral) zur Selbstverständlichkeit und Normalität werden. Diese werden teils durch Pflegende, teils durch Aktivierungsverantwortliche, teils durch den Einbezug von externen Bezugspersonen und Ehrenamtlichen ausgeführt. Die Trennung der Betreuung (Alltagsgestaltung) findet durch Pflegende auf der Abteilung statt. Die Aktivierung traditionellerweise in separaten Räumlichkeiten fern der Abteilung, wird dabei nicht gemacht.
Das Konzept IAA befürwortet ein «skill-mixed»-Teamverständnis, d.h. das Team setzt sich aus verschiedenen Berufsausrichtungen, also spezifischen Fachkompetenzen zusammen → vernetztes Wissen und Können. Integrativ bedeutet eingebunden sein, sich dazugehörig fühlen können.
Genau dies wird mit dem Konzept der IAA fokussiert.

Sich wertgeschätzt fühlen

Dank dem vernetzten Wissen und Können durch das «skill-mixed»-Team besteht die Möglichkeit der bestmöglichen 1:1-Unterstützung und 1:1-Begleitung in alltäglichen Belangen und einer erfolgreichen Integration in das gemeinschaftliche Leben mit sehr unterschiedlichen Hochbetagten. Das Milieu der Pflegeabteilungen soll weitgehend normalen Lebensbedingungen und gleichen Anpassungs- und Begleitstörungen bei einer demenziellen Entwicklung vorbeugen. Menschen mit und ohne Demenz sollen sich immer wieder und in verschiedensten Settings wohlgesinnt erfahren können. Mit verschiedensten, ihnen entsprechenden Tätigkeiten und Aktivitäten wird ihnen eine Plattform geboten, in der sie sich respektvoll be-

gegnen, aber auch gut aneinander vorbeikommen können.
Folglich werden die Einzel- und Gruppenaktivitäten zur Hauptsache in ihrem nahen Lebensumfeld (= zentral) angeboten.
So sind sie nicht mehr das «Besondere», sondern in den Pflege- und Betreuungsalltag eingebettet. Es scheint selbstverständlich, dass sich die Aktivitätsangebote in erster Linie am normalen Alltag und den vorhandenen individuellen (Teil-) Fähigkeiten orientieren.

Alltagsgestaltende Angebote

Milieutherapeutische Interventionen, wie sie das Konzept der Integrativen Aktivierenden Alltagsgestaltung vorsieht, sind keine isolierten Therapie-Angebote. Als alltagsgestaltende Angebote, die sich durch Kontinuität und reflektiertes Vorgehen auszeichnen, können sie allerdings zum therapeutischen Faktor werden. Deshalb ist das Konzept IAA ein Konzept für alle!

Elvira Tschan
AGERE Aktivierung & Alltagsgestaltung
agere@aktivierung.ch

Was ich mir wünsche – was zu tun ist

Ich wünsche mir

- dass der Bedarf der psychosozialen Begleitung erkannt wird und mehr Gewicht, d. h. Stellenprozente erhält.
- aber auch von allen, die «keine Zeit dafür haben», einen reflektierten Umgang mit dem subjektiven Zeitempfinden.
- dass über das WIE und WOMIT der Betreuung nachgedacht wird.
- eine kritische Befragung der bestehenden Aktivierungs- und Betreuungsangebote.
- mehr Mut zu innovativem Denken und Handeln und von allen Fachbereichen sowie die Bereitschaft zu Kooperation und Vernetzung ihres Wissens und Könnens.
- Vorgesetzte und Entscheidungsträger, die sich für die Finanzierung der psychosozialen Angebote stark machen.
- Politiker und Forschungsleiter, die neben dem Ökonomischen auch das Soziale mitbedenken.

Jakub Samochowiec

GDI Gottlieb Duttweiler Institut

«Die neuen Freiwilligen»

– die Zukunft zivilgesellschaftlicher Partizipation

Das Bundesamt für Statistik schätzt, dass Schweizerinnen und Schweizer im Jahr 2016 gemeinnützige Freiwilligenarbeit im Wert von 34 Milliarden Franken leisteten. Darin nicht eingerechnet sind die positiven Nebeneffekte der Freiwilligkeit: sie fördert gesellschaftliche Vernetzung und damit auch Vertrauen. Es muss nicht alles vertraglich geregelt werden. Das vereinfacht den Umgang miteinander. Es senkt Transaktionskosten. Wohlstand und Engagement hängen darum zusammen.

Vertrauen ist Voraussetzung

Formelle Freiwilligenarbeit, das Engagement in Vereinen und Organisationen, ist jedoch rückläufig, weil unsere Bindung an Strukturen wie Familie, Wohnort, religiöse Gemeinschaften oder Geschlechterstereotypen in unserer Multioptionsgesellschaft schwächer wird.
Wir werden nicht mehr in eine bestimmte Rolle hineingeboren. Stattdessen nimmt der Individualismus zu. Wir lassen uns nicht mehr einfach sagen, was zu tun ist. Das ist an sich auch nicht schlimm, da Individualismus nicht mit Egoismus gleichzusetzen ist.
Menschen in individualistischen Ländern zeigen mehr Vertrauen gegenüber fremden Menschen, eine wichtige Voraussetzung für Engagement. Doch fehlen oftmals die Kontaktpunkte zu Engagement, wenn klassische Strukturen wegbrechen. Denn viele sind über die Familie, die Kirche oder die Dorfgemeinschaft zu freiwilligem Engagement gekommen.

Wie motivieren?

Oftmals stellen Gemeinden oder Organisationen die Frage, wie sie Menschen motivieren, gewisse Aufgaben freiwillig auszuführen. Wie kriegt man Leute dazu, das Essen aus einem Altersheim ins andere zu fahren? Gratis versteht sich. Wie kann man Leute dazu bringen, im Dorfmuseum unbezahlt die Archivierung durchzuführen?
Hilft da vielleicht ein Freiwilligen-App? Wenn es beispielsweise alle zu erledigenden Arbeiten im Umkreis von zehn Kilometern anzeigt? Oder sollen in einem Gamification-Ansatz Auszeichnungen für Errungenschaften wie beispielsweise zehn ausgeführte Hilfeleistungen einführt werden?

Paradigmenwechsel nötig

Zweifellos haben digitale Plattformen, was die Koordination von freiwilligem Engagement angeht, ein grosses Potential.
Wichtig ist aber auch, dass bei der Förderung freiwilligen Engagements ein Paradigmenwechsel stattfindet. Es darf nicht nur darum gehen, dass man alte Strukturen wie bestehende Vereine und Organisationen am Leben erhält oder wie man dafür sorgt, dass bestimmte vordefinierte Aufgaben, die bisher von der Zivilgesellschaft erfüllt wurden, weiterhin freiwillig erfüllt werden. Mindestens so wichtig ist es, Bemühungen darauf zu legen, neue Strukturen entstehen zu lassen. Dabei steht die konkrete Aufgabenerfüllung nicht im Vordergrund.
Wichtig ist erstmal, dass Menschen sich vernetzen und dass Vertrauen geschaffen wird, auch wenn es sich dabei um Projekte handelt, die Spass machen und nicht nur solche, die dringende gesellschaftliche Probleme lösen. Heutige Freiwillige wollen

vermehrt mitreden und mitgestalten und sind an Aufgaben interessiert, die Spass machen und auch der eigenen Entwicklung förderlich sind.

Neuverteilung der Aufgaben

Man kann einwenden, dass es dem Gemeinwesen wenig nütze, wenn Selbstverwirklichung statt Pflicht im Vordergrund steht. Aber selbst wenn jemand nur aus Eigennutz ein Grillfest im Quartier organisiert, entstehen dadurch soziale Strukturen in der Nachbarschaft, wodurch man sich eher in Notlagen hilft. Auch wird gewissen Problemen vorgebeugt. So vereinsamen ältere Menschen weniger, wenn sie in die Nachbarschaft eingebunden sind. Aber natürlich kann es sein, dass gewisse Aufgaben nicht mehr von Freiwilligen erledigt werden und an Staat oder Markt abgegeben werden müssen. Dass aber Aufgaben zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Markt neu verteilt werden, ist nichts Neues und auch nichts Schlimmes.
Bildung etwa war eine Zeit lang eine zivilgesellschaftliche Aufgabe, bevor sie an den Staat überging. Und Enzyklopädien wurden von Verlagen herausgegeben, bis Wikipedia übernahm. Wenige trauern den vergangenen Zeiten nach.

Neue Räume bereitstellen

Für das Entstehen neuer sozialer Strukturen sind Freiräume nötig. Das können physische Räume sein, wie städtische Brachen, die ausserhalb einer Marktlogik funktionieren und in Gemeinschaftsgärten oder Kulturstätten umgewandelt werden. Gemeinden und Städte können dafür sorgen, dass solche Räume zur Verfügung stehen, in denen sich neue Strukturen bilden können. Das setzt voraus, dass sie solche Räume vom Markt fernhalten, was nicht immer einfach ist. Denn ökonomische Rendite ist einfacher zu berechnen als die soziale Rendite beispielsweise eines Quartiertreffpunktes.
Freiräume können auch entstehen, wenn sich Freiwillige nicht um administrative Aufgaben kümmern müssen, sondern wirklich anpacken können. Vielleicht macht es Sinn, für gewisse Aufgabenbereiche die Administration von Profis erledigen zu lassen, damit die Freiwilligen sich um die grossen Fragen und nicht um Papierkram kümmern können.

Zu viele Regulierungen

Oft werden Freiräume aber von Gemeinden, vom Staat und von Organisationen durch Regulierungen und wenig Vertrauen eingeschränkt. Wer zum Beispiel regelmässig zu Hause gegen einen Unkostenbeitrag Fremde bekocht, verstösst gegen das Wirtegesetz. Feuerpolizeiliche Anforderungen können Hindernisse für Engagements im Kulturbereich sein. Die Angst vor juristischen Konsequenzen ist ein ständiger Begleiter vieler zivilgesellschaftlicher Unterfangen. Wer haftet, wenn sich jemand verletzt oder etwas kaputt geht? Auf der Freiwilligenplattform benevol-jobs.ch dürfen infolgedessen nur offizielle Einsatzorganisationen Aufgaben ausschreiben.
Gemeinschaftszentren zögern, sich eine Holzwerkstatt zuzulegen, weil diese bei einem Unfall womöglich gleich wieder geschlossen werden könnte.

Auch Förderverträge von Stiftungen wachsen jährlich um eine Seite, um alle nur denkbaren zusätzlichen Eventualitäten auszuschliessen.

Helfende mitgestalten lassen

Um Freiräume zu gewähren, ist weniger oft mehr. Eine Fehlerkultur, wie sie in der Wirtschaft seit längerem gepredigt wird, wäre auch für die Zivilgesellschaft wichtig. Staat, Stiftungen, Einsatzorganisationen und die Gesellschaft als Ganzes sollten Fehlschläge, Misserfolge und selbst Missbräuche bewusst in Kauf nehmen. Individuen dürfen vom Staat keine 100-prozentige Sicherheit erwarten, da dies anderweitige Freiheiten einschränkt. Organisationen müssen Helfende stärker in die Diskussion zur Zielsetzung und Zielerreichung einbeziehen, sodass Freiwillige nicht nur ausführen, sondern auch mitgestalten können. Aus Helfenden müssen Teilnehmende werden.

Um die Entfaltung der Zivilgesellschaft nicht zu behindern, muss Kontrolle aus der Hand gegeben und soll möglichst wenig vorgeschrieben und reguliert werden. Das Betreten von Freiräumen ist immer mit Risiken verbunden. Will man Menschen vor allen Risiken bewahren, untergräbt man die Freiwilligkeit.

Jakub Samochowiec
GDI Gottlieb Duttweiler Institut
jakub.samochowiec@gdi.ch

Um die Entfaltung der Zivilgesellschaft nicht zu behindern, muss Kontrolle aus der Hand gegeben und möglichst wenig vorgeschrieben und reguliert werden.

Ralph Bürge

Geschäftsleiter Alterszentrum Lindenhof, Oftringen

«Das neue Wohn- und Pflegemodell 2030»

im Aargau

Der Wunsch, das soziale Beziehungsnetz nicht zu verlassen, wird stärker.
Das heisst: So lange wie möglich in den eigenen „vier" Wänden bleiben. Die Bedürfnisse und die Nachfragen nach individuellen Dienstleistungen wandeln sich entsprechend. Doch weder die Politik noch die Leistungserbringer sind darauf eingestellt.

Die Babyboomer kommen in ein krankes System

Die Gemeinden (Politik) und die Leistungserbringer sind nur an der Begrenzung der Kosten interessiert. Dass es dafür Veränderungen braucht, sehen sie nicht. Denn nur sie können den Strukturwandel sowie die Prozesse beschleunigen und sogar mitgestalten.
Im Moment jedoch wird nur verhindert und blockiert.

Die Leistungserbringer sind gefordert

Sie müssen sich aus der Komfortzone heraus bewegen, sich auf die Bedürfnisse der kommenden Generation einstellen und integrierte Lösungen bereitstellen. Eine Analyse im Betrieb sowie im Umfeld ist unabdingbar.
Die interprofessionelle Zusammenarbeit ist zwingend, denn sie trägt zu einem bedarfsgerechten Angebot bei. Auch spezialisierte Angebote müssen aufgrund der steigenden Individualität und Multimorbidität angeboten werden. Dies nicht nur intern, sondern auch extern, im Quartier, in der Gemeinde ...
Um solche «sozialraumorientierten» Dienstleistungen bereitzustellen, braucht es Fachpersonal. Es ist wichtig, die Kundenbeziehung zu pflegen und das «Gesundheitszentrum» als Aufenthaltsort und Bezugspunkt aufzubauen.

Ralph Bürge
Geschäftsleiter Alterszentrum Lindenhof
ralph.buerge@lindenhof-oftringen.ch

**Es geht ja doch!
Im Lindenhof wird das Wohn- und Pflegemodell 2030 bereits gelebt. Wir weisen damit nach, dass im Gesundheitswesen Leistung und Komfort gesteigert und dennoch gespart werden kann.
Und das nicht wenig.**

Betreuung
+ Begleitung

Concierge-Dienste

Spitex
Somato + Psychiatrie

Wohnen
mit Services

Pflegeangebote
Demenz + Palliative Care

LINDENHOF

Ferien-
Appartements

Fitness
+ Wellness

Tages- und
Nachtbetreuung

Catering
+ Gastronomie

Kurse
+ Vermietung

Betreutes
Wohnen

Arzt und
Spezialisten

Tagesstätten
für Kinder

«Bilanz aus den Präsentationen»

– Sorgende Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Partizipation

Moderation – Urs Leuthard, im Gespräch mit

Prof. Dr. Monika Götzö	Leiterin Institut Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe, Department Soziale Arbeit, ZHAW
Prof. Dr. Romy Mahrer	CEO, Nursing Science & Care GmbH
Dr. Fridolin Marty	Leiter Gesundheitspolitik, Economiesuisse

Wer Vertrauen in den Sozialraum hat, in dem er lebt, ist eher bereit, sich (freiwillig) dort zu engagieren. Folglich müssen die Kommunen (Städte, Gemeinden) interessiert sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dieses Vertrauen entstehen kann.

«Sorgende Gemeinschaften» (Caring Communities) sind ein zukunftsweisendes Modell, damit hilfsbedürftige Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Wichtig ist: Es gibt keine Standardlösung für den Aufbau einer solchen Gemeinschaft; vielmehr müssen immer die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt werden.

Dazu gehört auch, die betroffenen Menschen laufend einzubeziehen, wenn solche Modelle entwickelt werden (Partizipation). Denn sie kennen ihre Bedürfnisse, Gewohnheiten und Ressourcen am besten.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind auch für die Betroffenen und ihr nächstes Umfeld nutzbar zu machen. Ein Tablet zu bedienen, ist für die meisten Menschen lernbar, auch für ältere und andere vulnerable Gruppen. Solche Geräte bieten überdies die Möglichkeit, virtuelle Begegnungen zu schaffen, zum Beispiel mit Familienmitgliedern, die weit entfernt leben.

Anderseits: Technische Hilfsmittel sind nie ein Ersatz für reale Zuwendung!

Die heutige Finanzierung und Vergütung von Pflegeleistungen birgt die Gefahr der «Industrialisierung»: Jeder Handgriff muss standardisiert und optimiert werden. Diesem Druck ist mit neuen Modellen zu begegnen, welche die Zuwendung in den Vordergrund rücken.

Die Politik hat zu diskutieren, ob die Betreuung ein «Service Public» sein soll und ihre Finanzierung folglich staatlich zu regeln ist.

«Gespräche im Plenum»

– Sorgende Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Partizipation

Moderation – Urs Leuthard, im Gespräch mit

Beat Ringger	Denknetz
Jérôme Cossandey	Avenir Suisse
Thomas Heiniger	Gesundheitsdirektor Kanton Zürich
Esther Waeber-Kalbermatten	Staatsrätin, Departement Gesundheit und Soziales, Kanton Wallis
Jörg Kündig	Gemeindepräsident Gossau/ZH, Kantonsrat, VR-Präsident Spital Wetzikon, Vorstandsmitglied Schweizer Gemeindeverband
Simon Stocker	Stadtrat Schaffhausen, Präsident Schweizer Netzwerk altersfreundlicher Städte

In unserem behandlungsorientierten System fehlt die Gesamtsicht: Es werden Krankheiten behandelt und nicht Menschen. Mit der Folge, dass Zuwendung und Gespräche mangelhaft oder gar nicht vergütet werden.

Bessere Koordination und Kooperation funktioniert am besten mit gemeinsamer Finanzierung und Vergütung. In der Realität aber ist die Handlungslogik der eigenen Institution oft stärker als die Bereitschaft zur Koordination und Kooperation – primär aus finanziellen Gründen.

Es werden eigentliche «Nichtbezahlspiele» gespielt: Kostenträger versuchen, die Kosten zu minimieren oder auf andere abzuschieben. Wenn dies jedoch alle machen, wird es teu(r)er, weil notwendige Leistungen nicht erbracht werden.

Gesundheit und Soziales müssen zusammen gedacht werden. Gerade ältere und andere vulnerable Menschen benötigen häufig Leistungen aus beiden Bereichen.

Alterspolitik ist in der Regel eine Verbundaufgabe über mehrere (kantonale) Fachbereiche bzw. Departemente: Gesundheit, Soziales, Sicherheit, Justiz, Bau. Nur eine solche umfassende Sicht schafft nachhaltige Lösungen.

Die Handlungsbereitschaft von Gemeinden steigt stark, nach dem Motto: gestalten statt gestaltet werden. Der Blick muss allerdings über die Gemeindegrenzen hinausgehen in Richtung Verbundlösungen. Und er braucht Persönlichkeiten, die initiativ, anerkannt und tragfähig sind.

Wer zusammenarbeiten soll, muss möglichst viel voneinander wissen. Nur so kann Vertrauen entstehen und kann man sich (optimal) abstimmen.

Damit Menschen in Würde altern können, braucht es zwingend zivilgesellschaftliches Engagement: in der Familie, im Quartier, in der Gemeinde.

An der Basis – Gemeinden, Bevölkerung – besteht ein riesiges Innovationspotenzial. Dieses ist mit intelligenten Anreizen und partizipativen Methoden möglichst effizient und effektiv auszuschöpfen.

Transparenz fördert Innovation: Intelligente Projekte sollten unbedingt in der Öffentlichkeit und in Fachkreisen präsentiert werden, damit andere sich inspirieren lassen und von den Erfahrungen profitieren können.

«Altern in Würde – Bewertung der Forderungen»

Im Vorfeld der Tagung wurden von den Organisatoren fünf Forderungen formuliert. Via Handy konnten die Tagungsbesucher über die Forderungen abstimmen. Die Resultate sind nachfolgend dargestellt und von Franziska Frey-Wettstein kommentiert.

Forderung 1

Die Zivilgesellschaft – Angehörige, Nachbarn, Freiwillige – anerkennt die Notwendigkeit, betreuungsbedürftige Menschen zu unterstützen, und baut dieses Engagement weiter aus.

Anzahl Teilnehmer: 113

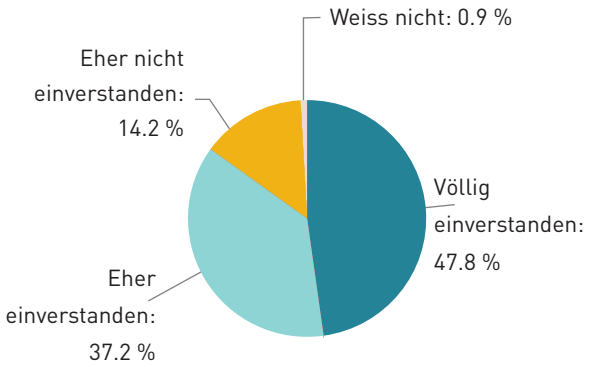
Völlig einverstanden
54 (47.8 %)

Eher einverstanden
42 (37.2 %)

Eher nicht einverstanden
16 (14.2 %)

Überhaupt nicht einverstanden
0 (0.0 %)

Weiss nicht
1 (0.9 %)



Forderung 2

Die Kantone sorgen dafür, dass die Dienstleistungen des Sozial- und des Gesundheitswesens – im Sinne der Integrierten Versorgung – so weit möglich miteinander vernetzt werden.

Anzahl Teilnehmer: 112

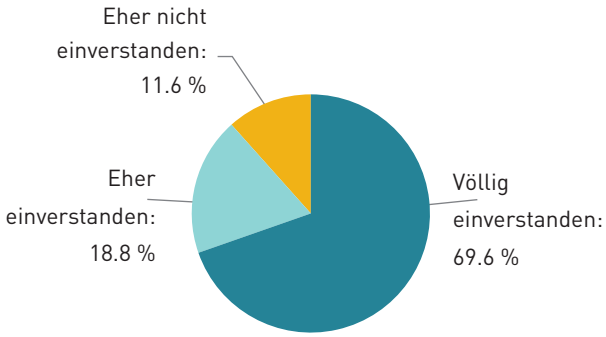
Völlig einverstanden
78 (69.6 %)

Eher einverstanden
22 (18.8 %)

Eher nicht einverstanden
13 (11.6 %)

Überhaupt nicht einverstanden
0 (0.0 %)

Weiss nicht
0 (0.0 %)



Forderung 3

Die Gemeinden fördern und unterstützen Betreuungs- und Wohnformen, welche die unterschiedlichen Bedürfnisse von betagten Menschen möglichst gut abdecken.

Anzahl Teilnehmer: 112

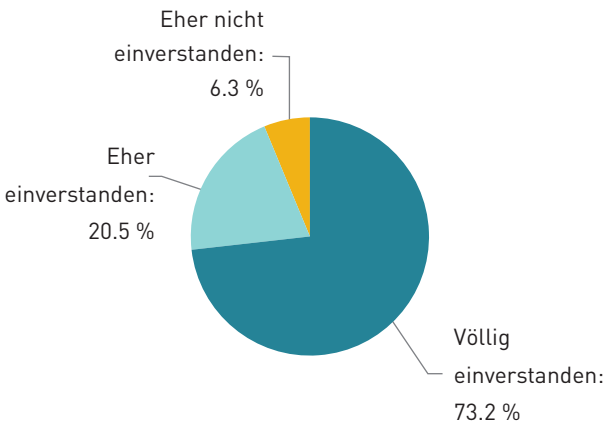
Völlig einverstanden
82 (73.2 %)

Eher einverstanden
23 (20.5 %)

Eher nicht einverstanden
7 (6.3 %)

Überhaupt nicht einverstanden
0 (0.0 %)

Weiss nicht
0 (0.0 %)



Forderung 4

Die Kostenträger sorgen dafür, dass die Betreuung als Unterstützungsleistung für ältere Menschen daheim und in stationären Einrichtungen anerkannt ist und honoriert wird.

Anzahl Teilnehmer: 112

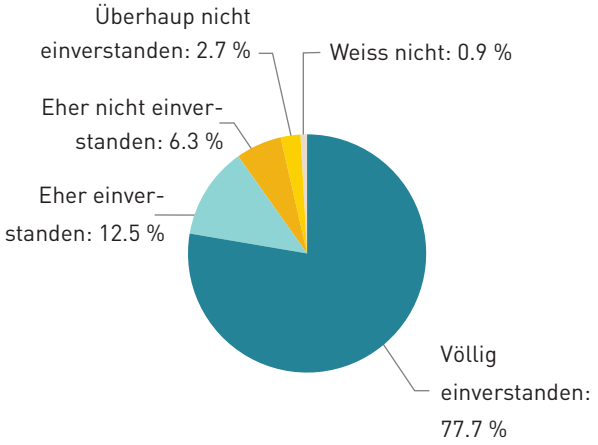
Völlig einverstanden
87 (77.7 %)

Eher einverstanden
14 (12.5 %)

Eher nicht einverstanden
7 (6.3 %)

Überhaupt nicht einverstanden
3 (2.7 %)

Weiss nicht
1 (0.9 %)



Forderung 5

Die Träger der Aus- und Weiterbildung sorgen dafür, dass die Bildungsangebote der sozialen und pflegerischen Berufe in der Altersarbeit besser aufeinander abgestimmt werden.

Anzahl Teilnehmer: 118

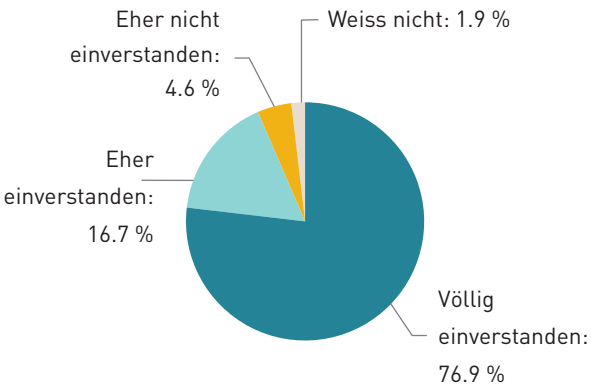
Völlig einverstanden
83 (76.9 %)

Eher einverstanden
18 (16.7 %)

Eher nicht einverstanden
5 (4.6 %)

Überhaupt nicht einverstanden
0 (0.0 %)

Weiss nicht
2 (1.9 %)



«Erfreulich waren die Resultate der Bewertungen. Die Teilnehmenden waren überwiegend der Meinung, dass sowohl die Zivilgesellschaft als auch Kantone und Gemeinden für eine fairere, tragbare Honorierung der Betreuung alter Menschen verantwortlich sein müssten. Zentraler Diskussionspunkt war die Frage der Finanzen. Die spannende Runde aus Fachleuten und Politikern war sich einig, dass Handlungsbedarf besteht. Die Idee, dass Fachleute, auch wenn sie verschiedenen Think Tanks angehören, gemeinsam eine Initiative einreichen würden, wäre revolutionär. Das Ziel der Tagung wurde erreicht. Eine grosse Mehrheit der Anwesenden haben erkannt, dass Handlungsbedarf besteht. Es bleibt zu hoffen, dass die Botschaft weitergetragen und von den jeweiligen Akteuren Verantwortung übernommen wird.»

– Franziska Frey-Wettstein